

Steffens, Gerd

Zeitenwende? Blicke auf Corona-Diskurse um die Jahreswende 2020/2021

Bünger, Carsten [Red.]; Czejkowska, Agnieszka [Red.]; Lohmann, Ingrid [Red.]; Steffens, Gerd [Red.]: Zukunft - Stand jetzt. Weinheim ; Basel : Beltz Juventa 2022, S. 296-307. - (Jahrbuch für Pädagogik; 2021)



Quellenangabe/ Reference:

Steffens, Gerd: Zeitenwende? Blicke auf Corona-Diskurse um die Jahreswende 2020/2021 - In: Bünger, Carsten [Red.]; Czejkowska, Agnieszka [Red.]; Lohmann, Ingrid [Red.]; Steffens, Gerd [Red.]: Zukunft - Stand jetzt. Weinheim ; Basel : Beltz Juventa 2022, S. 296-307 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-305796 - DOI: 10.25656/01:30579

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-305796>

<https://doi.org/10.25656/01:30579>

in Kooperation mit / in cooperation with:

BELTZ JUVENTA

<http://www.juventa.de>

Nutzungsbedingungen

Dieses Dokument steht unter folgender Creative Commons-Lizenz: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de> - Sie dürfen das Werk bzw. den Inhalt unter folgenden Bedingungen vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen: Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen. Dieses Werk bzw. dieser Inhalt darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden und es darf nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert werden.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

This document is published under following Creative Commons-License: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.en> - You may copy, distribute and transmit, adapt or exhibit the work in the public as long as you attribute the work in the manner specified by the author or licensor. You are not allowed to make commercial use of the work or its contents. You are not allowed to alter, transform, or change this work in any other way.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Carsten Bünger | Agnieszka Czejkowska |
Ingrid Lohmann | Gerd Steffens (Red.)

Jahrbuch für Pädagogik 2021

Zukunft – Stand jetzt

Carsten Bünger | Agnieszka Czejkowska | Ingrid Lohmann |
Gerd Steffens (Red.)
Jahrbuch für Pädagogik 2021

Jahrbuch für Pädagogik

Begründet von Kurt Beutler – Ulla Bracht – Hans-Jochen Gamm –
Klaus Himmelstein – Wolfgang Keim – Gernot Koneffke – Karl-Christoph
Lingelbach – Gerd Radde – Ulrich Wiegmann – Hasko Zimmer

Herausgegeben von

Carsten Büniger | Charlotte Chadderton | Agnieszka Czejkowska |
Martin Dust | Andreas Eis | Christian Grabau | Andrea Liesner |
Ingrid Lohmann | David Salomon | Susanne Spieker | Jürgen-Matthias
Springer | Gerd Steffens | Anke Wischmann

Seit seiner ersten Ausgabe 1992 greift das Jahrbuch für Pädagogik gesellschaftliche Entwicklungen und Problemlagen auf und stellt sie in eine doppelte Beziehung zur pädagogischen Diskussion: Zum einen wird gefragt, welche Konsequenzen die jeweils im Schwerpunktthema beleuchteten Entwicklungen für Erziehung und Bildung sowie im Hinblick auf die Möglichkeiten und Grenzen pädagogischer Konzeptionen haben. Dabei ist die Perspektive leitend, dass sich pädagogische Verhältnisse weder außerhalb gesellschaftlicher Bedingungen begreifen noch einfach aus ihnen ableiten lassen. Zum anderen sind gesellschaftliche Entwicklungen nicht erst auf der Ebene ihrer pädagogischen Effekte mehrdeutig und widersprüchlich. Vielmehr stellen sie in materieller, kultureller, politischer, sozialstruktureller oder technologischer Hinsicht komplexe Herausforderungen dar, die es zu analysieren gilt. Gesellschaftsdiagnostische Bestimmungen sind dabei nicht nur stets vorläufig, sondern auch in die Auseinandersetzungen um die angemessene Einordnung und Bewertung einbezogen. In diesem Sinne zielt das Jahrbuch für Pädagogik darauf ab, entlang kontroverser Positionen Räume der Kritik und Neufassung zu eröffnen.

Carsten Bünger | Agnieszka Czejkowska |
Ingrid Lohmann | Gerd Steffens (Red.)

Jahrbuch für Pädagogik 2021

Zukunft – Stand jetzt

BELTZ JUVENTA

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Der Text dieser Publikation wird unter der Lizenz **Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International (CC BY-NC-ND 4.0)** veröffentlicht. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/legalcode.de>. Verwertung, die den Rahmen der **CC BY-NC-ND 4.0 Lizenz** überschreitet, ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für die Bearbeitung und Übersetzungen des Werkes. Die in diesem Werk enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Quellenangabe/ Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.



Dieses Buch ist erhältlich als:
ISBN 978-3-7799-6865-8 Print
ISBN 978-3-7799-6866-5 E-Book (PDF)

1. Auflage 2022

© 2022 Beltz Juventa
in der Verlagsgruppe Beltz · Weinheim Basel
Werderstraße 10, 69469 Weinheim
Einige Rechte vorbehalten

Herstellung: Myriam Frericks
Satz: Datagrafix, Berlin
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe, Bad Langensalza
Beltz Grafische Betriebe ist ein klimaneutrales Unternehmen (ID 15985-2104-100)
Printed in Germany

Weitere Informationen zu unseren Autor_innen und Titeln finden Sie unter: www.beltz.de

Inhaltsverzeichnis

Editorial: Zukunft – Stand jetzt <i>Carsten Büniger, Agnieszka Czejkowska, Ingrid Lohmann, Gerd Steffens</i>	9
I. Zukunftsbilder und ihr Wandel	15
Der Geist der Dystopie <i>David Salomon</i>	16
Welche Rolle spielt Zukunft im Kapitalismus? <i>Rainer Rilling</i>	32
Rausschmeißer. Zwei Szenen, vier Desillusionierungen und ein paar Fragen <i>Ludwig A. Pongratz</i>	39
Neue Bahnen. Anlaufversuche einer pädagogischen Zeitschrift im Fin de Siècle <i>Ingrid Lohmann</i>	51
Zurück in die Zukunft. Erziehungswissenschaftliche Theoriereflexion angesichts der Problematisierung von Zukunft in den 1990er Jahren <i>Melanie Schmidt, Daniel Wrana</i>	68
II. Gesellschaftspolitische Zukunftsbezüge zwischen Öffnung und Schließung	83
Das Schwinden des Zukunftshorizonts – Nachdenken über real-dystopische Perspektiven und das Offenhalten möglicher Zukünfte <i>Barbara Platzer</i>	84
Utopien und sozial-ökologische Transformation – Ein Essay <i>Dieter Segert</i>	96
Gegenwart und Zukunft unternehmerischer Nachhaltigkeitspolitik – Ein persönlicher Rückblick <i>Johannes Merck</i>	106
Zukunftsvignetten: Diversität – Digitalisierung – Disruption <i>Clemens Knobloch</i>	117
Resilienz und Digitalisierung <i>Katharina Dutz, Niko Paech</i>	129

III. Zukunftsbezüge einer Pädagogik der Gegenwart	145
Desirable Futures? Zum emanzipatorischen Potential von Gegenwarts- und Zukunftsbezügen in der Sexualpädagogik <i>Marion Thuswald</i>	146
Gesellschaftspolitische Transformationsprozesse, Utopien und Phantasie in der politischen Bildung <i>Julia Lingenfelder, Bettina Lösch</i>	158
(Politische) Bildung als Verhinderung: Zu den Verkürzungen eines präventiven Zukunftsbezugs <i>Marlon Barbehön, Alexander Wohnig</i>	170
Die Überwindung der funktionalistischen Verengung des Nachhaltigkeitsprinzips als Weiterentwicklung der Berufsbildung <i>Thilo J. Ketschau, Christian Steib</i>	182
Bildung und Zukunft – Figurationen von (Un)Sicherheiten im Kontext von (Aus)Bildung und Corona <i>Anke Wischmann</i>	195
IV. Situierete Zukünfte – Generationenerfahrungen und Aufbrüche	211
Wie viel Zukunft ist in unserer Vergangenheit? – Vision, Science and Fiction <i>Friedemann Derschmidt</i>	212
1 + 1 = Futur Drei. Über die bildungsphilosophische Kraft von Konstellationen und Doppeltem Erleben <i>Nushin Hosseini-Eckhardt</i>	227
Atopische politische Bildungen nach der Zukunft <i>Werner Friedrichs</i>	239
Our Common Future Today: Umwelt- und Nachhaltigkeitsorientierungen von Jugendlichen in der Pfalz <i>Barbara Pusch, Christopher Horne</i>	251
Zukunft war gestern – Zur Legitimität der Pädagogik in Zeiten der sozial-ökologischen Krise <i>Helge Kminek, Anne-Katrin Holfelder, Mandy Singer-Brodowski</i>	265
„Sie müssen die Welt auf eine neue Weise betrachten!“ – Eine von ‚Tenet‘ inspirierte Reflexion über die Zeitlichkeit pädagogischer Zukunft <i>Melanie Schmidt, Malte Ebner von Eschenbach, Stephanie Freide</i>	277

Historisches Stichwort	289
Zur Zukunft der Kritik <i>Ruth Sonderegger</i>	290
Jahresrückblick	295
Zeitenwende? – Blicke auf Corona-Diskurse um die Jahreswende 2020/2021 <i>Gerd Steffens</i>	296
Rezensionen	309
Eicker, Jonas/Eis, Andreas/Holfelder, Anne-Kathrin/Jacobs, Sebastian/ Yume, Sophie/Konzeptwerk Neue Ökonomie (Hrsg.): Bildung Macht Zukunft. Lernen für die sozial-ökologische Transformation? Frankfurt a. M.: Wochenschau Verlag 2020 <i>Paul Vehse</i>	310
Felix Trautmann: Das Imaginäre der Demokratie. Politische Befreiung und das Rätsel der freiwilligen Knechtschaft. Konstanz: Konstanz University Press 2020 <i>Martina Lütke-Harmann</i>	315
Ulrich Bröckling: Postheroische Helden. Ein Zeitbild. Berlin: Suhrkamp 2020 <i>Agnieszka Czejkowska</i>	319
Gesine Bade, Nicholas Henkel, Bernd Reef (Hrsg.): Politische Bildung: vielfältig – kontrovers – global. Festschrift für Bernd Overwien. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag 2020 <i>Ralph Blasche</i>	324
Klaus Dörre, Christine Schickert (Hrsg.): Neosozialismus. Solidarität, Demokratie und Ökologie vs. Kapitalismus. München: oekom 2019 Ulrich Brand: Post-Wachstum und gegen-Hegemonie. Klimastreiks und Alternativen zur imperialen Lebensweise. Hamburg: VSA 2020 <i>Gerd Steffens</i>	326
Über die Autorinnen und Autoren	332

Zeitenwende? – Blicke auf Corona-Diskurse um die Jahreswende 2020/2021

Gerd Steffens

Zusammenfassung: Der „Jahresrückblick“ greift als zentrales Thema des abgelaufenen Jahres die Corona-Pandemie als eine Krise auf, die nahezu alle Lebensverhältnisse berührt. Als Sonde nutzt der Beitrag das Generalthema dieses Jahrbuchs: „Zukunft -Stand jetzt“. Zeitlich auf die Monate um den Jahreswechsel fokussiert, befragt er Diskurse von der Lokalzeitung bis zur soziologischen Zeitdiagnose nach ihren impliziten oder expliziten Zukunftshorizonten. Dabei begegnet der Beitrag fürsorglichem Optimismus von oben wie Zukunfts-Skepsis von unten, der alles durchdringenden Besetzung durch Corona wie der willkürlichen Leugnung, der Hoffnung auf ein gesellschaftliches Lernen wie der illusionslosen Analyse der Bedingungen einer Transformation, die ein Rettungsweg aus den globalen Krisenlagen sein könnte.

Abstract: The „Annual Review“ takes up the corona pandemic as a central theme of the past year as a crisis that affects almost all living conditions. The article uses the general theme of this yearbook as a probe: „Future – Stand now“. Focusing on the months around the turn of the year, he asks discourses from local newspapers to sociological time diagnosis about their implicit or explicit future horizons. The contribution encounters caring optimism from above and skepticism about the future from below, it encounters the all-pervasive occupation by Corona such as arbitrary denial, the hope of social learning processes such as the illusion-free analysis of the conditions of a transformation that would be a way to escape from the global crisis.

Keywords: Krise und gesellschaftliche Lernprozesse, Corona-Diskurse, Zukunftshorizonte und gesellschaftliche Transformation

Trostworte zum Jahreswechsel

Es ist ein fürsorglicher Optimismus, der am Jahreswechsel 2020/2021 die Federn der Print-Medien zu führen scheint, und der Blick gilt eher den Menschen als den Strukturen. „Manches wird gut! Worauf wir uns im Jahr 2021 freuen können“, ermutigt „Die Zeit“, und sie erwartet: „Die Wirtschaft wird boomen“, aber auch: „Um den Naturschutz kommt keiner herum“ und: „Die Männer werden

weiblicher“ (Die Zeit, 30.12.2020). Das „Hamburger Abendblatt“ widmet seine Ausgabe all denen, „die unseren Dank in den Corona-Zeiten verdienen“ und erzählt deshalb „Geschichten von bewundernswerten Menschen“ (Hamburger Abendblatt, 31.12.2020/01.01.2021). Im Feuilleton der „Welt“ schreibt Peter Praschl dem Jahr 2020 „einen dankbaren Abschiedsbrief“: Vielleicht solle man nicht nur „Chroniken der Fakten schreiben, sondern auch der Gefühle. 2020 waren sie, so viel öfter als sonst, Wirgefühle. Diese Erfahrung, dass tatsächlich etwas uns alle treffen und betreffen konnte, dass es tatsächlich so etwas wie eine Weltgemeinschaft gibt.“ (Die Welt, 31.12.2020, Feuilleton) Die „Hamburger Morgenpost“ findet: „Das Gute ist: Die Zeit arbeitet jetzt endlich wieder für uns“, und setzt dabei auf die zunehmenden Impfmöglichkeiten (Hamburger Morgenpost, 02./03.01.2021). Während die „Mopo“ bekannteren Kiez-Akteuren aus St. Pauli das Wort gibt, lässt die „Süddeutsche Zeitung“ Spitzenpersonal aus aller Welt paradieren. Angela Merkel, Biden oder Xi Jinping etwa haben ihre Auftritte, nicht ohne die üblichen Präsentationsansagen im Subtext, die Verkörperungen von Ernsthaftigkeit, Hoffnung oder Gefahr versprechen. Als „Story des Jahres“ berichtet „View“ von den „Frauen an der Macht, die den Ausbruch von Corona mit Verstand und Herz kontrollierten“, wie Angela Merkel oder die Ministerpräsidentinnen von Neuseeland und Taiwan oder von Finnland, Dänemark und Norwegen, die gegenüber der „selbtherrlichen Arroganz“ von Bolzonaro, Trump oder Johnson besonders glänzen (View 12/2020).

Der „Spiegel“ hingegen erzählt „Ein Jahr in hundert Leben“ (Spiegel 53/2020), monatlich geordnete Textschnipsel aus wiederholten Gesprächen und Befragungen, wie ein Kaleidoskop situativer Betroffenheiten aus sehr unterschiedlichen Lebenswelten: Menschen, die um ihre berufliche Existenz kämpfen oder über die Erschöpfung hinaus in der Krankenversorgung arbeiten, Jüngere und Ältere, bekanntere Namen, aber vor allem unbekannte, von der Busfahrerin bis zur Wissenschaftlerin, gewiß kein repräsentativer, aber ein intuitiv einleuchtender Querschnitt von Erfahrungen mit dem unvermuteten Bruch von Gewissheiten und Gewohnheiten. Wenn es einen Grundton gibt, der die Äußerungen durchzieht und am Ende zurückbleibt, so ist es der einer existenziellen Ernüchterung, eines Zweifels am immer guten oder gar besseren Leben, ein Zweifel, der zu wissen scheint, dass er so bald nicht vergehen wird.

Etwa zwei Monate später hat die Stimmungslage der Ernüchterung deutlich die Oberhand über den Ermutigungsoptimismus gewonnen. Die anhaltend hohen Infektionsraten des Winters haben sich zwar abgeschwächt, treten aber, vermutlich wegen der Ausbreitung ansteckenderer Mutanten des Virus, auf der Stelle, und die Nervosität vor einer neuen Welle nimmt spürbar zu. Zugleich hat sich gezeigt, dass die um die Jahreswende zugelassenen Impfstoffe zwar hohe Wirksamkeit haben, doch keineswegs so rasch in so großer Menge, wie für eine Pandemie-Bekämpfung nötig, produziert werden können. So bleibt offen, wer am Ende das globale Rennen macht: die Mutationsgeschwindigkeit des Virus oder die

menschliche Impfkapazität. Zudem haben die Feiertage am Jahreswechsel noch einmal drastisch ein mittlerweile skurriles Organisationsversagen für alle Welt bloßgelegt. Erst in der zweiten Januarhälfte konnten wieder verlässliche Zahlen über die Pandemieentwicklung vorgelegt werden. Die Regierung hat es von Anfang an versäumt, die Meldewege so zu ertüchtigen, dass permanent aktuelle und korrekte Zahlen der Entwicklung vorliegen. Das Markenzeichen einer wissenschaftsorientierten Politik, welches die Regierung Merkel sich so gerne zuerkennt, ist ziemlich ramponiert, der mediale Optimismus des Jahreswende verfliegen. Die Menschen, denen er gegolten hatte, graben sich in ernüchterter Skepsis ein.

Unmut und Gereiztheit: Eine Woche Lokalzeitung

Missmut und Gereiztheit breiten sich aus. Beispiele dafür sind überall zu greifen. Der Bürgermeister einer kleineren Stadt in Holstein etwa reagiert mit heftiger öffentlicher Distanzierung, als der lokale „Klimaschutzfonds“, ein Verein, an dem die Stadt institutionell beteiligt ist, es gewagt hat, unter dem Titel „Positive Pandemie“ darüber nachzudenken, „was wir aus Corona lernen können“, und dabei von „Ressourcenschonung“ und „Konsumverzicht“ geredet hat. Als handele es sich um einen frontalen Angriff auf die örtlichen Lebensadern, wirft sich der Bürgermeister für „Einzelhandel, lokale Dienstleister und Gastronomie“ und deren Leistung für den „Zusammenhalt der Stadt“ in die Bresche (vgl. Wedel-Schulauer Tageblatt, 15.02.2021).

Im Spiegel der Berichterstattung der lokalen Zeitung verwundert die so wenig gelassene Reaktion des Bürgermeisters indessen nicht. Überschlüssig 80 % auch der lokalen Berichte befassen sich im Lauf einer Woche – etwa der vom 15. bis zum 20.02. – mit Corona. Und auch diejenigen Artikel, die üblichen lokalen Vorkommnissen und Ereignissen gelten, wie Berichte über Vereine, Sitzungen etc., sind Corona-kontaminiert, weil die unübliche Bedingung, unter der sie stattfinden, erwähnt werden muss. Optische Blickfänge sind graphische Darstellungen der aktuellen Infektionsentwicklung an mindestens drei verschiedenen Stellen. Während im Januar noch Ausbrüche in Pflegeeinrichtungen und Kliniken dramatische Akzente setzten, ist durch Impfungen die Lage dort offenbar stabilisiert. Neben den Nöten von Gastronomen und Einzelhändlern tritt nun die Situation von Kindern und Eltern massiv in den Vordergrund. Nichts wird sehnlicher erwartet, als die Wiedereröffnung von Kitas und Schulen. Fast scheint es, als habe die Pandemie eine Revolution der Wertschätzung der Bildungseinrichtungen bewirkt. Noch nie dürfte allen so klar gewesen zu sein, welche enorme Bedeutung die Einrichtungen des Bildungswesens nicht nur für die biographische Sozialisation der Heranwachsenden und ihrer Altersgruppen haben, sondern auch für das Alltagsgleichgewicht der Familien und der Gesellschaft.

Doch spiegeln die berichteten Äußerungen und Erwartungen auch den Unmut, ja Zorn über unklare zeitliche Perspektiven und organisatorische Regelungen. Gerade darin sind sie zugleich Artikulation der Widerspruchslage, die alle Diskurse der Corona-Gesellschaft durchzieht. Da die Bekämpfung einer Pandemie zwar einen Plan, aber auch flexible konkrete Reaktionen braucht, entstehen unvermeidlich Inkonsistenzen. Kommunikativ ruinös werden sie, wenn sie bewusste, stets wiederholte Reaktionsketten hervorrufen, in denen entweder empört nach einem einheitlichen Plan („Flickenteppich!“) oder – sobald ein solcher erwogen wird – stattdessen nach zielgenauen, regionalisierten Maßnahmen gerufen wird. Dieses fortwährende Spiel des Schwachsinn wird seit vielen Monaten durch Politiker befeuert, die eine Aufmerksamkeits-Chance suchen. Und es wird durch Medien verstärkt, die unter dem scheinbaren Zwang von Neutralitätsgeboten und Berichterstattungspflichten solchen Äußerungen immer wieder Raum geben. Es ist daher nichts als ein authentischer Ausdruck dieser Diskurs-Lage, wenn eine Mutter „es eine Unverschämtheit“ findet, dass sie ihren Sohn erst am 15. März wieder in die Kita schicken kann, während seine Freunde als Folge einer auf konkrete Umstände bezogenen Regelung schon ab dem 1. März kommen dürfen (vgl. Wedel-Schulauer Tageblatt, 20.02.2021).

Systemrelevant

Wie auch an einer lokalen Zeitung abzulesen, bringt die Epidemie geradezu epidemisch Schieflagen der Diskurse hervor, nicht allein in den Schmutzlecken des Netzes. Zu ihnen gehört nicht nur eine schon fast zwanghafte Fokussierung, eine nahezu totale thematische Monokultur, sondern auch eine Umstülpung von Relevanzkriterien – was etwa die Frage, ob die Lehrer und Erzieherinnen an Grundschulen und Kitas aus der dritten Gruppe der Impfberechtigten in die zweite Gruppe hochgestuft werden sollen, an die erste Stelle der Morgennachrichten (NDR-Kultur, 23.02.21, 7.00) spülen kann.

Mit dem Begriff „relevant“ bin ich unversehens auf ein Virus-kontaminiertes Begriffsfeld gelangt. „Systemrelevant“ ist zu einem Adelsprädikat in der Pandemie geworden. Wem es zugeschrieben wird oder wer es für sich beanspruchen kann, steht in der Pandemie-Gesellschaft besser da. Popularisiert in der Finanzkrise 2008 ff., um die Rettung der Banken mit horrenden staatlichen Mitteln zu rechtfertigen, wurde der Titel in der Pandemiekrise zuerst den Pflegekräften in Kliniken und in der Altenpflege und den Kassiererinnen in den Supermärkten zuerkannt. Mittlerweile glaubt zum Beispiel auch der „Bundesverband Trauerbegleitung“, dass er sein Anliegen am besten unter den Titel „Trauer ist systemrelevant“ stellen sollte (Wedel-Schulauer Tageblatt, 23.02.2021).

Was signalisiert die Karriere des Begriffs? Warum muss auch Trauer sich als „systemrelevant“ maskieren, um ihre Berechtigung gerade in der Pandemie

hervorzuheben? Als Peer Steinbrück den Begriff als Etikett der Alternativlosigkeit popularisierte, hatte die Finanzkrise ein krasses Systemversagen der Finanzmärkte offenbart. Deren Hauptakteure zu retten und sie umstandslos zu Garanten der Zukunft der Gesellschaft zu erklären, war eine drastische Lektion ans Publikum: Ihr seid dem Kapitalismus und seinem Funktionieren auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Er ist das Alpha und Omega eures Lebenszusammenhangs, einer funktionierenden Gesellschaft. Das hat, wie die nächste Krise zeigt, gesessen. Nun muss sich sogar Trauer funktionalistisch ausweisen, um überhaupt als erscheinens- und daseinsberechtiggt zu gelten.

Um den Blick in die Lokalzeitung angemessen abzuschließen: „Das Wort zum Sonntag“ zitiert in seinem Titel den kollektiven Seufzer der Woche: „Mein Gott, wann ist das alles endlich vorbei?“ (Wedel-Schulauer Tageblatt, 20.02.2021). Kein Wunder, dass es die Gottesmänner sind, die die Erlösungsbedürfnisse des Publikums am feinsten erspüren und wissen, dass unter den Gefühlen der Entbehrung der öffentliche Konsum, zum Beispiel der Restaurantbesuch, einen Spitzenplatz einnimmt. Oder es sind die Philosophen des Kapitals, die die Parole ausgeben: „Vorwärts in die wilde Normalität. Das wird lustig, wenn Corona endlich vorbei ist“ (Rainer Hank, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 17.01.2021). Die Kernfrage sei: Haben diejenigen unter den Ökonomen recht, die die Welt nach Corona vor einer großen Depression wie 1930 sehen, oder diejenigen, die sie am Anfang des Konsumrauschs der 1920er Jahre sehen? Für Hank ist klar: Die aufgetauten Konsumwünsche – und er hat die Etagen oberhalb der bescheidenen Träume vom Lieblingsitaliener im Blick – werden alle Dämme brechen und einen Konsum-getriebenen Boom auslösen. Doch steht dann nicht am Ende ein Absturz in die Depression wie 1929/30? Hank wischt die Zweifel der „Beckmesser“ beiseite: „Geschichte muss sich ja nicht komplett wiederholen. Wir, geleitet von klugen Fiskal- und Geldpolitikern, hätten ja noch bis 2029 Zeit, dafür zu sorgen, dass es dieses Mal besser endet.“ Auch wenn der Unterton einer frivolen Ironie unüberhörbar ist: Schlussstein des Hank'schen Gedankenwegs wie seit jeher der kapitalistischen Ökonomie ist der Glaube an eine „Oikodizee“ (Vogl 2010, S. 25 ff.), die am Ende alles gut werden lässt, sei es durch das segensreiche Wirken der „unsichtbaren Hand“, sei es im Vertrauen darauf, dass deren Fehlgriffe durch „kluge Fiskal- und Geldpolitiker“ korrigiert werden können.

Jenseits des Grabens – Gegenwelten der Geltung

Doch in derselben Ausgabe, nur drei Seiten weiter, präsentiert die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ vier dieser Hoffnungsträger als „Quartett des Grauens“: Drei Ökonomieprofessoren und ein Mitglied der Geschäftsführung von Degussa, die auf Twitter eine große Gemeinde von Followern um sich gesammelt haben. An ihren Tweets lassen sich beispielhaft die Denk- und Agitationsmuster

ablesen, aus denen sich die Welt der „Coronaleugner“ oder „Querdenker“ formt – genauer gesagt: geformt wird. Denn hier, beim „Quartett des Grauens“, befinden wir uns in der Gesellschaft der Verkünder, nicht der Gläubigen. Diese Verkünder, das gehört zu ihrer Magie, müssen nicht glauben, was sie verkünden. Den Satz: „Das hier IST 1933“ (Homburg, 17.05.2020) kann auch ein Ökonomieordnarius nicht bei sich selbst für wahr halten. Doch in dieser Parallelwelt der Kommunikation sind es nicht Gründe und Gegenstände, Beweise und Gegenbeweise, nicht Wissen und Nicht-Wissen, nicht Plausibilität oder Evidenz, nicht Schlüssigkeit und Konsistenz, die über die Geltung von Behauptungen entscheiden, ihnen Gewicht verleihen, sie einschränken oder widerlegen. Nur auf die entschiedene Geste der Behauptung kommt es an. Sie soll Resonanz im schon Geglaubten finden. Es ist ein Akt der Selbstbefreiung von den Regeln des Denkens, der die Gemeinde in der Suhle der Ressentiments zusammenführt. Und je offener und zynischer mit der Abkoppelung von begründungsfähiger Wahrheit gespielt wird, desto stärker wirkt die Lust der Selbstbefreiung und desto durchschlagender die Verdrängung epistemischer Geltung durch Geltung als Deziision. Auf der Weltbühne hat Donald Trump ja dieses Stück vier Jahre lang gespielt und seine innere Bedeutung für alle, die sie noch nicht begriffen hatten, in einem dramatischen Finale noch einmal zugespitzt: Für die Behauptung, dass die Wahl „gestohlen“ worden sei, ist es völlig irrelevant, ob das bewiesen werden kann. Die immer wiederholte Behauptung allein rechtfertigt, die „gestohlene Wahl“ mit allen Mitteln zurückzuholen. In welchem Ausmaß dieses zynisch-instrumentelle Verhältnis zur Wahrheit auch für Trumps aktivistische Anhänger gilt, lässt eine Reportage der taz (25.02.2021) erahnen. Es sei die verkleidete Antifa gewesen, die das Kapitol gestürmt habe, gilt als unerschütterbare Wahrheit. Doch verbirgt der, der sie ausspricht, kaum, dass er weiß, dass sie eine Lüge ist. Im Gegenteil: Zu seiner Botschaft gehört das vernehmbare Signal, dass es auf Wahrheit und ihre Merkmale gar nicht ankommt.

Wie sieht die Gegenwelt der „Querdenker“ hierzulande aus? Dem geht die Studie von Oliver Nachtwey und Mitarbeitern nach, die um die Jahreswende für Aufsehen gesorgt hat (vgl. Nachtwey/Schäfer/Frei 2020). Auch wenn sie ihren Anspruch auf Repräsentativität klein schreibt, bietet sie aufschlussreiche, vor allem differenzierte Einblicke, die die Bewegung nicht bloß als selbstbezügliche Blase, sondern als Ausdruck gesellschaftlicher Wechselwirkungen zeigen. Als eine Bewegung, „die eher von links kommt, aber stärker nach rechts geht“ (ebd., S. 52), tragen ihre Anhänger einen Teil ihrer oft grünen Ursprungsüberzeugungen noch mit sich, sind „weder ausgesprochen fremden- oder islamfeindlich“, noch leugnen sie den Klimawandel, sind „in einigen Bereichen sogar eher antiautoritär und der Anthroposophie zugeneigt“ (ebd., S. 53). Die Abwendung vom politischen Establishment ist harsch: In den geäußerten Wahlabsichten sind mit Ausnahme der AfD alle Bundestagsparteien marginalisiert, am spektakulärsten die Grünen: Sie würden nur noch von 1 % gewählt gegenüber 23 % zuvor. 61 % würden

überhaupt „Andere“ wählen. Die Einhelligkeit der Ablehnung der etablierten Parteien korrespondiert mit einem hohen Misstrauen gegenüber den großen Medien und der Wissenschaft. Allen dreien werden unisono Manipulation und Willkür in der Coronakrise vorgeworfen, Ausdruck einer in der untersuchten Gruppe „allgemeinen Verschwörungsmentalität“ (ebd.). Doch will die Studie bei dieser Einordnung nicht stehenbleiben. Was spricht dafür, „die gegenwärtige Coronadissidenz als Ausdruck einer fundamentalen Legitimationskrise der modernen Gesellschaft zu interpretieren“ (ebd., S. 61)?

Einige Fingerzeige bieten die „tentativen“ (ebd.) Interpretationen der Studie, einige andere ein ausführlicheres Interview der Autoren (vgl. Nachtwey/Frei 2021). Die Vermutungen der Studie setzen an dem vorgefundenen, fast pathetischen Verständnis von Kritik an, welches sowohl die Selbstbeschreibungen wie die Weltwahrnehmungen der Akteure zu bestimmen scheint. Es verbindet sie mit einem zentralen Motiv der Moderne, welches jedoch – in ihren Augen – in der öffentlichen Aufmerksamkeit keinen Resonanzraum mehr findet. Nur vorsichtig deuten Nachtwey und Frei im Interview an, dass dies mit hegemonialen Diskursstrukturen zu tun haben könnte, mit einem „diskursiven Dezisionismus“ der Alternativlosigkeit, durch den seit der neoliberalen Wende Entscheidungen im politisch-medialen Einvernehmen fraglos gestellt werden. Ein anderer Fingerzeig gesellschaftstheoretischer Interpretation weist in die Richtung konsistenzbefreiter Denkweisen:

„Vielleicht ist das die erste wirklich postmoderne Bewegung. Auch in früheren Bewegungen gab es eine Kritik an der industriellen Moderne, man denke nur an die Lebensreformbewegung des 19. Jahrhundert, die auch in der frühen Arbeiterbewegung eine große Rolle spielte, oder die Anfänge der Grünen. Wenn also auch schon frühere Bewegungen amorph waren, hatten sie dennoch ein übergreifendes Koordinatensystem, das in der Realität verankert war. Im Fall von ‚Querdenken‘ sehen wir jedoch eine Radikalität, bei der keine Kohärenz und Konsistenz mehr existiert oder angestrebt wird. [...] Es gibt ein anything goes in der Kritik, die nur kritisieren will, aber keine Maßstäbe der Kritik mehr anwendet.“ (Nachtwey/Frei 2021)

Die Studie von Nachtwey/Frei und Schäfer schließt mit einer offenen Frage: „Was für eine Gesellschaft bringt derartige Bewegungen hervor, was sind ihre strukturelle Voraussetzungen?“ (Nachtwey/Schäfer/Frei 2020, S. 63) Sie hätte hinzusetzen können: Warum spielt dabei die Frage, was als wahr gelten kann, eine so wichtige Rolle, dass an ihr – epistemische Wahrheit versus Freiheit der Behauptung – sich die gegenwärtig vielleicht schärfste Spaltungslinie westlich-liberaler Gesellschaften ausbilden kann?

Dass dies keine verstiegen philosophische Frage ist, sondern eine unmittelbare und hochexplosive Frage der Macht, haben Regime wie die von Trump und Bolsonaro – um nur die prominentesten zu nennen – zu Genüge bewiesen,

gerade auch in ihrem Umgang mit der Coronakrise. Und Trumps trotz der Niederlage hohe Stimmenzahl bei der Präsidentenwahl im November 2020 hat die Mobilisierungskraft unterstrichen, die das Angebot begründungsfreier Selbstermächtigung für den geglaubt herrschenden Teil der Gesellschaft hat und für alle, die dazugehören wollen. Düstere Aussicht also allein schon für Diskurse über mögliche Zukünfte, die nicht nur mögliche Rettungswege finden, sondern auch darauf setzen müssen, noch eben rechtzeitig breite Zustimmung für sie zu finden. Was also wird – in eher gesellschaftstheoretisch und zeitdiagnostisch orientierten Argumentationen – vorgeschlagen unter dem Eindruck der pandemischen Krise und angesichts des drohenden Klimakollapses? Wenn die menschliche Geschichte am Ende vor einer selbst produzierten Apokalypse stehen könnte statt endlich in die Utopie einzuschweben?

Zeitdiagnosen. Kann aus der Krise gelernt werden?

Hat die schockartige Unterbrechung des Normalen, die zeitweilige Stillstellung von Gesellschaften in der Coronakrise, neue Erfahrungen und Ideen, Debatten und Lernprozesse hervorgebracht? Was zeigt sich aus Perspektiven, die nicht auf die alltäglichen Einschränkungen und den Wunsch auf Rückkehr in die alte Normalität fixiert sind, sondern darüber hinaus schauen wollen? Ich erlaube mir eine Auswahl, die sich am Ende durch ihren Ertrag rechtfertigen muss.

Schon im Mai 2020, nach dem ersten Lockdown, hat Uli Brand einige Felder ausgemacht, auf denen der Bruch mit dem Gewohnten, institutionell eingespielten, harsch genug war, um einen Einschlag in kollektive Erfahrungen zu vermuten. Der Staat kann, so die erste Erfahrung, durchaus „entschieden in die Lebenswelt der Menschen und das wirtschaftliche Handeln“ (Brand 2020, S. 11) eingreifen, kann sich also von den neoliberalen Fesseln des „schlanken Staates“ und der „schwarzen Null“ befreien, und er könnte seine Rolle stärker als Hüter der allgemeinen Interessen akzentuieren. Zweitens treten, mit der Erfahrung immenser Abhängigkeit von globalen Lieferketten und im Blick auf die darin implizierten Ausbeutungsverhältnisse, Motive der Globalisierungskritik stärker ins Bewusstsein. Es könnte also eher möglich werden, die Wirtschaft entlang „sozial ökologischer Kriterien“ in Richtung einer „resilienten Wirtschaft“ (ebd., S. 12), einer Verabschiedung des Wachstumszwangs, zu verändern. Drittens werde „deutlich wie nie zuvor, dass Menschen hochgradig abhängig von biophysischen und gesellschaftlichen Bedingungen“ sind. „Die weitverbreitete Annahme des autonomen und zuvorderst an Nutzenmaximierung orientierten Individuums blamiert sich selbst.“ (ebd., S. 14) Mithin könnten kollektive, solidarische Aspekte der Wertschätzung gewinnen, sei es hinsichtlich des Gesundheitswesens und der darin Beschäftigten, sei es hinsichtlich der Ungleichheiten im Erwerbseinkommen überhaupt oder der Aufteilung von Erwerbs- und Carearbeit, sei es

hinsichtlich der Gewohnheiten des Statuskonsums. Viertens ließe sich fragen, ob trotz der enormen Belastungen in der aktuellen Situation nicht doch „potenzielle Elemente einer solidarischen Lebensweise aufscheinen“, getragen von der Erfahrung, „dass Menschen durchaus bereit sind, ihr Alltagsverhalten radikal zu verändern“, wenn das als „lebensdienlich“ erscheint (ebd., S. 15). Und fünftens könnte erhofft werden, dass der unübersehbar planetarische Charakter der Krise nicht nur die „Aufmerksamkeit für die Verhältnisse in anderen Ländern“, sondern auch für die „Dringlichkeit internationaler Politik und Zusammenarbeit“ (ebd., S. 16 f.) stärkt.

Werden diese Hoffnungen aus dem Mai 2020, deren optimistische Signale durch meine Verkürzung gewiß verstärkt sind, sich tendenziell bewahrheiten können? Hat nicht die Dauer der Krise diese Impulse eines veränderten Blicks mittlerweile aufgezehrt oder in nichts als die blinde Hoffnung auf die Rückkehr des Alten verkehrt? Vor allem: Bleibt die Meta-Erfahrung präsent, dass das Virus nicht nur ein bloß katastrophisch-zufälliges Ereignis ist, welches alle paar hundert Jahre mal vorkommt, sondern dass diese Krise zugleich Ausdruck einer fundamentalen, menschengemachten Veränderung der Lebensbedingungen auf diesem Planeten ist, mithin sich steigernde Wiederholungen drohen?

Es ist die Konstatierung eben dieser Situation, in der die Katastrophe systemisch wird, mit der die Argumentation von Sighard Neckel (2021) einsetzt. Wir seien „nunmehr Zeitgenossen von plötzlich eintretenden Geschehnissen, jenseits derer die gesellschaftlichen Zustände und der Zustand der Welt nicht mehr dieselben sind“ (ebd., S. 51). Der Wandel sei disruptiv geworden, der Tipping Point zum Signum der katastrophischen Moderne. Die Coronakrise sei – mit Bruno Latour – so etwas wie „die Generalprobe für den Großen Klimakollaps“, ihr Tipping Point der Kontrollverlust beim exponentiellen Anstieg der Infektionen. Doch bleiben die Prozesse, die die Tipping Points der Pandemie auslösen, letztlich überschaubar. Selbst im schlimmsten Fall „würde die pandemische Selbstregulation dafür sorgen, dass die Infektionsketten einbrechen, wenn ein hoher Durchseuchungsgrad die Verbreitungswahrscheinlichkeit des Virus minimiert“. Hingegen sind Erderwärmung und Naturzerstörung „Katastrophen von unbestimmter Dauer, deren existenzielle Folgen sich nicht eingrenzen lassen“ (ebd., S. 53). „Die Wahrscheinlichkeit, dass das ökologisch desaströse System des fossilen Kapitalismus kollabiert“, erscheine sogar größer, „als dass es noch umgebaut werden könnte“ (ebd., S. 55).

Ließe sich doch noch einer Zukunft entkommen, die nichts als eine Kaskade von Katastrophen bereithält und in der den Menschen der Traum von einer Rückkehr in ein besseres Gestern als letzte Utopie bleibt? Weder die „Modernisierungsstrategie“ einer grünen Erneuerung des Kapitalismus noch die „Kontrollstrategie“ einer Perpetuierung des Maßnahmestaats zeigen in den Augen von Neckel einen erfolgversprechenden Ausweg, weil beide in die ihnen innewohnenden Dilemmata geraten werden (vgl. ebd., S. 57). Deshalb sei eine

„fundamentale Transformation“ als „alternativer Entwicklungspfad“ notwendig, der sich „zugleich am Gemeinwohl wie an der Erhaltung der planetaren Lebensgrundlagen“ orientiert. Das Ziel, die gesellschaftlichen Naturverhältnisse so zu organisieren, „dass der Stoffwechsel, in dem sich menschliche Gesellschaften mit dem Erdsystem befinden, nicht mehr zu Verheerungen von beidem führt“, verlange einschneidende Veränderungen. Dekarbonisierung, De-Globalisierung, Suffizienz, Umverteilung von Einkommen nennt Neckel als Orientierungsmarken einer Transformation, die – ernst genommen – zu einem Umsturz der Prioritäten führt, die bisher die Entscheidungsstrukturen der industriellen und postindustriellen Gesellschaften beherrschten. Bleibt noch ausreichend Zeit? Das könne nur praktisch beantwortet werden, so schließt Neckel, „durch entschlossenes Streiten dafür, dass für gesellschaftlichen Wohlstand nicht mehr länger der Preis einer irreversiblen Naturzerstörung zu zahlen ist“ (ebd., S. 58).

Wird sich unter dem Druck der bestehenden Katastrophe deren kapitalistischer Treibsatz entschärfen oder womöglich sich sogar in Dienst nehmen lassen, wie die Green-Deal-Konzepte erhoffen? Stephan Lessenich gibt illusionslose Antworten darauf in einem Gespräch, das er gegen Ende des letzten Jahres mit „Mittelweg 36“ geführt hat:

„Kapitalistisch, das heißt als liberale Marktökonomien verfasste Gesellschaften, sind strukturell sowohl in ihrer Funktions- und Operationsweise als auch in ihrer Rechtfertigungspraxis gegenüber ihren Bürgerinnen davon abhängig, dass die immensen, ebenso unkalkulierbaren wie uninternalisierbaren Kosten ihrer Reproduktion effektiv und dauerhaft ausgelagert werden können. Kapitalistisch-industrielle Gesellschaften leben – im wahrsten Sinne des Wortes – davon, dass sie selbst nicht den Preis zahlen müssen, den die Produktion ihres Wohlstands systematisch fordert.“ (Lessenich 2020, S. 60)

Deshalb wird eine durch die Regeln des Kapitalismus gesteuerte Weltwirtschaft nicht mit dem Prinzip der Externalisierung der Kosten zulasten ausgebeuteter Natur und ausgebeuteter Menschen brechen können. Und deshalb sehen Green Deals, wenn überhaupt, nur aus der Perspektive der Wohlstandsregionen zielführend aus, wenn sie zu versprechen scheinen, die Erhaltung zumindest relativer Wohlstandspositionen mit der Eindämmung des Klimawandels vereinbaren zu können. Es bräuchte also einen Bruch mit der strukturell verankerten Ungleichheit zwischen Weltregionen, einen Verzicht auf die Früchte der „imperialen Lebensweise“ (Brand/Wissen 2017). Doch dieser Bruch wird sich, so Lessenich, nicht als Aggregat individueller Verzichtsentscheidungen, wie begrüßenswert auch immer, vollziehen können. Eine „veränderte Struktur der Vergesellschaftung“ (Lessenich 2020, S. 67), ein Bruch mit dem „Externalisierungshabitus“, der „die Subjektpositionen in den reichen Gesellschaften“ charakterisiere (ebd., S. 68), wird nur in einem „demokratischen Prozess des gesellschaftlichen Austauschs“

über die Frage gelingen, „was wir uns kollektiv, als gesellschaftliche Produktions- und Konsumgemeinschaft, leisten wollen [...], was es zum Leben bedarf und was hingegen die Lebensgrundlagen zerstört“ (ebd., S. 67).

Eine solche Debatte müsste mithin „die globalgesellschaftliche Perspektive“ einschließen, in der „der sozialverträgliche ökologische Umbau“ unvermeidlich „postkapitalistisch“ (ebd., S. 74) sein muss. Doch wo ist das revolutionäre Subjekt einer solchen Umwälzung? Lessenich verweist „auf die ungehobenen Schätze der Solidaritätsproduktion im globalen Süden“, auf Gegenbewegungen, die „die Logik der Externalisierungsgesellschaft“ an ihren Peripherien hervortreibt (ebd., S. 71) – aber auch auf die Chancen, die ein „realistischer Antikapitalismus“ (ebd., S. 74) hierzulande haben könnte, wenn es gelänge, „den herrschenden kapitalistischen Realismus“ zu brechen: den Glauben daran, dass es ohne Kapitalismus sowieso nicht geht. Denn nicht von Natur aus, so ist Lessenich überzeugt, sind Menschen nur auf ihren Vorteil bedacht, orientieren sich eher an Konkurrenz als an Kooperation. Es sind „die gesellschaftlichen Strukturbedingungen“, die „ihnen nahelegen, so zu sein“ (ebd., S. 78). Wo aber die Zerbrechlichkeit der Strukturen in Krisen zutage tritt, können – um erneut eine Argumentation etwas optimistisch zu wenden – die Chancen dafür realistischer werden, die „eigene Existenz als eine soziale verstehen zu lernen“ (ebd., S. 80) und dem systemischen Egozentrismus zu entkommen.

Zukunft: Stand jetzt?

Kehren wir zum Schluss von der Ebene soziologischer Zeitdiagnose zur Stimmungslage zurück. Sie hat sich, im fiebrigen Rhythmus der Krise, noch weiter verändert. Eine Woge der Kritik und des Zorns trifft im Frühjahr 2021 die politisch herrschenden Kräfte. Sie spült das Vertrauen hinweg, von dem vor allem die Bundesregierung seit dem vergleichsweise moderaten Verlauf der ersten Infektionswelle im Frühjahr 2020 gezehrt hat. Damals war es der Eindruck eines angemessenen und entschiedenen Handelns in einem plötzlichen Notfall, der Zustimmung schuf. Ein Jahr später aber steht der Krisenverlauf unter dem Zeichen der Vorhersehbarkeit. Doch das Regierungshandeln folgt weiter einem Muster, als gelte es vor allem, auf wechselnde Notlagen zu reagieren. Antizipationsmangel, Denkfaulheit und fehlende organisatorische Phantasie haben offenbar verhindert, dass die gewonnene Zeit zur notwendigen Stärkung eben der staatlichen Strukturen genutzt wurde, die für die Bewältigung der Pandemie und ihrer Folgen besonders wichtig sind. „Wenn vor lauter Bürokratie-Abbau die Bürokratie nicht mehr funktioniert“, erkennt „Die Zeit“ am 04.03.2021, „hilft das niemandem. Es geht deshalb um eine Bürokratie-Ertüchtigung“. Stattdessen hat sich mit der Ministerpräsidentenkonferenz ein Notstandsregime etabliert, das zu agieren scheint wie die Echternacher Springprozession (vier Schritte vor, drei

zurück), ein in der Verfassung nicht vorgesehenes „Siebzehner-Direktorium“, dessen Beschlüsse vor allem „Verantwortungsnebel“ und Frustration erzeugten. In „Spiegel Netzwelt“ vom 03.03.2021 reitet Sascha Lobo auf dem Kamm einer Wutwelle, die bei ihm durch einen wie unschuldig dahergesagten Merkel-Satz ausgelöst worden ist: „Wir brauchen sicherlich den Monat März, um eine umfassende Teststrategie aufzubauen.“ – „Wie kann man ein ganzes Jahr lang aus Erfolgen anderer Länder und Regionen nicht lernen? Wie sehr muss man für solche Realitätsresistenz an einem Überlegenheitskomplex leiden?“, fragt Lobo. Solche Erfahrungen, in denen sich trivialisierende Unschulds-Kommunikation (anderes Beispiel: „Da werden wir nochmal genauer hinschauen müssen.“) mit offenkundigem Versagen verbindet – Lobo schließt mit einer Kaskade solcher Fälle – werde „bei vielen Leuten demokratische Spätschäden verursachen“ (Lobo 2021).

Wie wird – „Stand jetzt“ – Corona den Zukunftshorizont der Gesellschaften verändern? Ihn weiter öffnen oder eher schließen? Werden Transformationsimpulse an Dringlichkeit und Überzeugungskraft gewinnen, oder werden Paniken der Schließung oder Feuerwerke des genießenden Konsums die Szene beherrschen? Oder ein mühsam austariertes „Weiter so“ bis zur nächsten Katastrophe? Wenn alles Nachdenken über Zukunft in Fragen umschlagen will, soll es hier bei ihnen bleiben.

Literaturverzeichnis

- Brand, Ulrich (2020): Post-Wachstum und Gegenhegemonie. Mit einem Beitrag zur Corona-Krise. Hamburg: VSA.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München: oekom.
- Lessenich, Stephan (2020): Die Revolution wird sicher nicht von oben kommen. Ein Gespräch mit Stephan Lessenich. In: Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung 29, H. 6, S. 58–81.
- Lobo, Sascha (2021): Sätze zum Ausflippen. Kolumne. In: Spiegel Netzwelt, 03.03. www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/corona-staatsversagen-in-der-pandemie-saetze-zum-ausflippen-kolumne-a-7f9519ca-1994-48c5-81eb-607efce16cf5 (aufgerufen am 04.03.2021).
- Nachtwey, Oliver/Schäfer, Robert/Frei, Nadine (2020): Politische Soziologie der Corona-Proteste. Grundauserwertung 17. 12. 2020. Universität Basel, Institut für Soziologie. idw-online.de (aufgerufen am 26.02.2021).
- Nachtwey, Oliver/Frei, Nadine (2021): „Querdenken“: Die erste wirklich postmoderne Bewegung. Interview. In: philosophie Magazin. www.philomag.de (aufgerufen am 26.02.2021).
- Neckel, Sighard (2021): Im Angesicht der Katastrophe. Der nahende Zusammenbruch des Erdsystems und die sozial-ökologische Transformation. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 2, S. 51–58.
- Vogl, Joseph (2010): Das Gespenst des Kapitals. Zürich: diaphanes.